

SO sehen wir es

SP

Herausgeberin: SP Wädenswil, Postfach 552, 8820 Wädenswil

Erscheint viermal jährlich

Preis: Einzelnummer Fr. 3.-, Jahresabonnement Fr. 12.-

Nummer 4/93, November 1993

Druckerei Villiger Inh. Josef Frei Oberdorfstr. 39 8820 Wädenswil

Ein armer Staat ist kein sozialer Staat

Ja zur Mehrwertsteuer von 6,5%

Warum unterbreitet der Bund uns zum viertenmal eine Finanzvorlage mit Mehrwertsteuer (MWSt)? Zum einen läuft die geltende Finanzordnung Ende 1994 aus. Sie wie bisher weiterzuführen, ist aber nicht sinnvoll, weil die Warenumsatzsteuer (Wust) die Investitionstätigkeit der Wirtschaft behindert.

Zum andern braucht der Bund dringend mehr Einnahmen. Der Fehlbetrag in der Finanzrechnung wird sich dieses Jahr auf mehr als 6 Milliarden Franken belaufen. Ein Teil davon wird bei einer besseren Wirtschaftslage verschwinden. Trotzdem bleibt ein Sanierungsbedarf von rund 3 Milliarden Franken. Unter Berücksichtigung der Sparmassnahmen braucht der Bund mindestens 2 Milliarden Franken Mehreinnahmen. Dazu genügt selbst ein MWSt-Satz von 6,5% nicht. Ein solcher bringt dem Bund lediglich 1,4 Milliarden. Zu beachten ist beim Stimmzettelausfüllen allerdings: Damit der Wechsel von der Wust zur Mehrwertsteuer – er ist Voraussetzung für den höheren Steuersatz von 6,5% – stattfinden kann, muss auch die erste Abstimmungsfrage mit einem Satz von 6,2% bejaht werden!

Die Ablehnung der Finanzvorlage würde den Spardruck, der heute schon massiv ist, weiter erhöhen. Dem Bund würden so in den nächsten Jahren Mehreinnahmen verwehrt bleiben. Die Linke wäre in den kommenden Auseinandersetzungen in der Sozial-, Verkehrs- und Arbeitsmarktpolitik geschwächt. Unseren Forderungen an den Bund – eine aktive Beschäftigungs- und Bildungspolitik zu

betreiben, das AHV-Rentenalter der Frauen nicht zu erhöhen, die Krankenversicherung sozialer auszugestalten und bei der Arbeitslosenversicherung vorübergehend Defizite in Kauf zu nehmen – würde ein noch grösserer Widerstand als bisher erwachsen. Denn es bliebe unklar, wie die damit verbundenen Defizite wieder behoben werden sollen.

Die Mehrwertsteuer wird die Haushalte dank dem reduzierten Satz von 2% für lebensnotwendige Güter, wozu u.a. auch Medikamente, Zeitungen und Bücher gehören, etwa proportional zum Einkommen belasten. Sie kann deshalb nicht als unsoziale Steuer bezeichnet werden. Zudem ist ein Sozialausgleich auf Verfassungsstufe vorgeschrieben: 5% des MWSt-Ertrags (gut 500 Millionen Franken) müssen zugunsten der unteren Einkommensschichten (bis ca. 50'000 Franken Jahreseinkommen) verwendet wer-

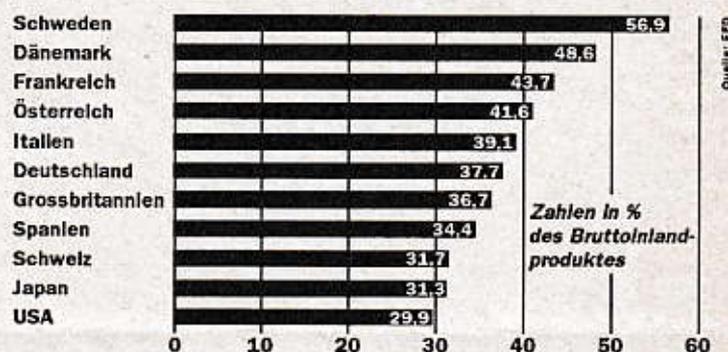
den. Deshalb ist die heutige Vorlage ausgewogener als die Vorlage von 1991.

Während der ersten fünf Jahre nach der Einführung (1995–1999) werden die 5% für die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung verwendet. Unter der Annahme, dass ein Viertel der Haushalte solche Beiträge erhalten, sind das durchschnittlich 750 Franken pro Haushalt und Jahr. Per Saldo ergibt sich somit aus dem Übergang zur Mehrwertsteuer ein finanzieller Vorteil für Einkommen bis ca. 50'000 Franken.

Die Finanzvorlage gibt dem Gesetzgeber die Möglichkeit, wenn nötig den Steuersatz zur Finanzierung von AHV und IV um 1% zu erhöhen. Falls dies abgelehnt wird, ist die rasche Erhöhung des Frauenrentenalters auf 64 vorprogrammiert.

Rolf Kurath

Steuern in der Schweiz und im Ausland



Die Schweiz zählt in Europa zu den Staaten mit der tiefsten Steuerbelastung. Trotzdem setzen sich rechte Kreise für immer tiefere Steuern ein. Eine solche Politik würde vor allem die hohen Einkommen entlasten. Alle anderen müssten für die Krankenkasse, für die Ausbildung ihrer Kinder und für viele Bereiche aus dem täglichen Bedarf immer tiefer ins Portemonnaie greifen.

Gegen den Rückfall in die Kapitalismus-Steinzeit

Steigende Preise, sinkende Löhne, Angst um den Arbeitsplatz, für viele bereits die schlimme Erfahrung der Arbeitslosigkeit... Diese Sorgen prägen seit vielen Monaten unseren Alltag – ganz abgesehen von den weiterbestehenden und -wachsenden Problemen wie Umweltzerstörung, Kriege und Menschenrechtsverletzungen, Sinn- und Wertkrisen und vieles mehr.

In dieser Situation reagieren leider breite Wirtschaftskreise und ihre Interessenvertreter in der Politik kurzfristig und mit ebenso alten wie falschen Rezepten. Während die verheerenden Folgen der "Reagonomics"-Politik im Ursprungsland längst erkannt und Korrekturen eingeleitet sind, glaubt man bei uns weiter, der Krise mit Arbeitsplatzabbau, Lohnabbau und Kürzung der öffentlichen Ausgaben begegnen zu können.

Es fällt auf, dass die Exportwirtschaft – die noch am ehesten ein hohes Lohnniveau als Wettbewerbsnachteil geltend machen könnte – von der Rezession verhältnismässig wenig betroffen ist. Schlecht geht es vor allem der Binnenwirtschaft; für diese aber sind Massnahmen, welche die Kaufkraft der Bevölkerung und die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand weiter schmälern, alles andere als nützlich. Mag man noch verstehen, wenn ein einzelnes Unterneh-

men unter Kosten- und Konkurrenzdruck solche Überlegungen vernachlässigt, so sollten wir doch wenigstens von Politikerinnen und Politikern die Berücksichtigung längerfristiger volkswirtschaftlicher Zusammenhänge erwarten können.

So ist selbst bei einem konjunkturellen Aufschwung wegen der technischen Entwicklung (Automatisierung), der Bevölkerungsstruktur (mehr Rentner/innen) und geänderten gesellschaftlichen Vorstellungen (Gleichberechtigung der Geschlechter) eine Umverteilung der Erwerbsarbeit und der unbezahlten Arbeit unumgänglich. Dies bedingt eine massive Herabsetzung der Erwerbsarbeitszeit, durchaus mit Lohneinbussen auf den höheren Einkommen. Aber die bürgerlichen Mehrheiten in Bund, Kantonen und Gemeinden bevorzugen offenbar die unsozialste und wirtschaftlich schädlichste Form der Arbeits-

umverteilung: Arbeitslosigkeit für die einen, mehr Stress für die andern.

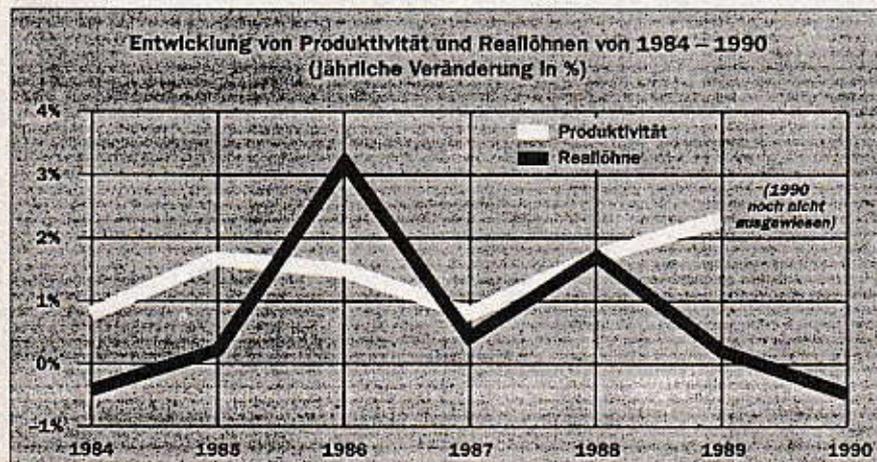
Kurzichtigkeit auch bei den öffentlichen Haushalten: Statt durch Investitionsförderung, Beschäftigungsprogramme und ähnliches für eine möglichst breite, konjunkturbelebende Verteilung der finanziellen Mittel zu sorgen – und sie durch geschickte Rahmenbedingungen erst noch in ökologisch und sozial sinnvolle Investitions- und Konsumausgaben zu lenken –, ist und bleibt die Tiefhaltung der Steuern oberstes Ziel. Damit leiten die bürgerlichen "Volks"parteien das Geld weiterhin zu den Reichen, welche es statt in der volkswirtschaftlich nützlichsten in der für sie selbst profitträchtigsten Form (meist im Ausland) anlegen...

Fazit: Wenn wir eine Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik wollen, welche im Interesse der breiten Bevölkerung und nicht in dem einer privilegierten Minderheit liegt, müssen wir bei den Wahlen auf allen Ebenen eine deutliche Stärkung der sozial und ökologisch engagierten Kräfte erreichen!

Liliane Goldberger



Schon in der Hochkonjunktur der 80er Jahre hinkten die Reallöhne der Produktivitätssteigerung hinterher. Seither hat sich der Reallohnrückgang noch enorm verstärkt.



SPS-Wirtschaftskonzept

Interessiert Sie, was die Sozialdemokratische Partei zu Wirtschaftsfragen meint? Den Entwurf zu einem neuen Wirtschaftskonzept, der zurzeit in den SP-Sektionen diskutiert wird, können Sie bestellen bei: SPS-Zentralsekretariat, Postfach, 3001 Bern, Telefon 031 311 07 44

Leben mit der Krise – Arbeitslosigkeit in Wädenswil

Ende September waren in Wädenswil 497 Erwerbslose beim Arbeitsamt registriert (206 Frauen und 291 Männer). Im Vormonat waren es 12 Frauen und 11 Männer weniger. Die Arbeitslosenquote der Frauen ist auch in Wädenswil höher als jene der Männer.

Diese Statistik erfasst nicht alle Personen, die eine Erwerbstätigkeit suchen. Berücksichtigt man die "versteckten" Arbeitslosen (Ausgesteuerte, in den Haushalt zurückgeschickte Frauen, kranke Entlassene, abgeschobene AusländerInnen), beträgt die Anzahl der Erwerbslosen effektiv 700 bis 800.

Im Bezirk Horgen waren 3,8% der Erwerbsbevölkerung arbeitslos gemeldet, im Kanton Zürich 4,4%, in der ganzen Schweiz 4,8%. Die Arbeitslosigkeit steigt im Bezirk Horgen zur Zeit schneller als im Landesdurchschnitt.

Rund 3000 Betroffene in Wädenswil

Die monatliche Arbeitslosenquote ist eine Momentaufnahme. Sie ist der "Saldo" zwischen den seit kurzem oder längerem beim Arbeitsamt Eingeschriebenen und den "AbgängerInnen". Im September haben 23 Arbeitslose eine Stelle gefunden, 14 sind ausgesteuert worden und 4 sind weggezogen. Ende September waren insgesamt 27 Arbeitsuchende ausgesteuert, d.h. hatten keinen Anspruch mehr auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Sie werden noch während maximal 150 Tagen durch die Arbeitslosenhilfe unterstützt, welche zum grossen Teil durch die Stadt finanziert wird. Danach besteht ein Rechtsanspruch auf Sozialhilfe, welche zur Zeit von fünf der 24 Ausgesteuerten beansprucht wird.

Gemäss schweizerischen Erfahrungswerten dürfte das Arbeitsamt Wädenswil in den letzten drei Jahren zirka 1500 Personen als Arbeitslose registriert haben. Zusammen mit deren Familienangehörigen waren seit Beginn der Krise ungefähr 3000 Wädenswilerinnen und Wädenswiler unmittelbar betroffen.

Aufgrund der nebenstehenden, von Rolf Kurath recherchierten Zahlen befragte die SO-Redaktion Claire Linnekogel-Rometsch – SP-Vertreterin in der Sozialbehörde – zur Situation in Wädenswil.



SO: *Claire, gibt es angesichts der aktuellen Krise und der Arbeitslosigkeit überhaupt noch ein anderes Thema in der Sozialbehörde?*

Es gibt wohl keine Behörde, die sich auf kommunaler Ebenen nicht in irgendeinem Bezug mit dem Thema wirtschaftliche Krise, mit Arbeitslosigkeit und drohender Armut auseinandersetzen muss.

Auf dem Gebiet der Schulpolitik muss man darüber nachdenken, wie die Klein- und Schulkinderbetreuung zu tragbaren Tarifen gewährleistet werden kann, um Alleinerziehenden die Arbeitsplätze und die Vermittlungsfähigkeit zu erhalten. Über Blockzeiten muss diskutiert werden, lange schon erarbeitete Konzepte für Tagesschulen müssten realisiert werden. Der Tagesmütterverein sollte vermehrt und nicht vermindert unterstützt werden. Jugendarbeit, die sich bewusst um jugendliche Arbeitslose kümmert und konkrete Projekte erarbeitet, hilft Verwahrlosung aufzufangen.

Auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik muss man sich über die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher Krise, Arbeitslosigkeit und Gesundheit klar sein. Hier wäre Präventions- und Aufklärungsarbeit nötig. Die Finanzpolitik muss Investitionen der öffentlichen Hand ermöglichen. Beschaffung von günstigem

Wohnraum und ein Notwohnungsbüro wird zum Thema der städtischen Liegenschaftsverwaltung. Das Thema Krisenbewältigung ist behördenübergreifend und zum Teil auch regional anzugehen.

SO: *Sind sich alle Behörden dieser Zusammenhänge so klar bewusst?*

Ich kann nicht beurteilen, wie in anderen Behörden gearbeitet wird. Ich stelle nur fest, dass die Fürsorgelasten in einem Mass steigen werden, dass wir uns fragen müssen, wie wir alle die Probleme finanziell verkraften werden, wenn wir nicht neue, vernetzte und eventuell unkonventionelle Lösungen finden. Dabei ist es wichtig, die vorhandenen Mittel und Kräfte gezielt und gemäss den Bedürfnissen der Betroffenen einzusetzen. Deshalb hat die Sozialbehörde der Informationsstelle des Zürcher Sozialwesens den Auftrag gegeben, die persönliche, berufliche und wirtschaftliche Situation der Arbeitslosen in unserer Region zu analysieren. Aufgrund dieser Studie werden dann die Einsatzprogramme ausgearbeitet, welche die SP in einem im Juni vom Gemeinderat unterstützten Postulat gefordert hat.

SO: *Dauert das nicht viel zu lang?*

Tatsächlich haben die Behörden zu lange erste Anzeichen von Krise verdrängt, so dass wir jetzt in der Situation sind, stets reagieren zu müssen, ohne vorausschauend aktiv werden zu können. Mir wären unkonventionelle Sofortlösungen auch lieber, einer politischen Behörde scheint dies nicht möglich zu sein. Die Sozialbehörde Wädenswil hat

"Fragen kostet nichts"

Unter diesem Titel hat die SP Wädenswil einen kleinen Wegweiser durch das Sozialwesen herausgegeben. Die Broschüre beantwortet die wichtigsten Fragen bezüglich Arbeitslosenversicherung, AHV/IV, Kleinkinderbetreuung, Alimentenbevorschussung sowie Sozialhilfe. Bestellen Sie sie gratis per Postkarte an: SP Wädenswil, Postfach, 8820 Wädenswil

das ArbeiterInnenhilfswerk (SAH) mit der Ausarbeitung eines Einsatzprogrammes "Stellenbewerbungsbüro" beauftragt. Dieser Auftrag läuft und wird so rasch als möglich realisiert werden.

SO: Was ist ein Stellenbewerbungsbüro?

Einem solches Büro stellt den Arbeitslosen die Einrichtungen und Beratung zur Verfügung, um saubere, gute Bewerbungen zu erstellen und sich auf das Vorstellungsgespräch vorzubereiten. Das Büro kann durch Arbeitslose, die über das nötige Fachwissen verfügen, geführt werden.

SO: Gibt es andere, kurzfristige Einsatzprogramme?

Ebenfalls durch das ArbeiterInnenhilfswerk wurde das Projekt "Etcetera" ausgearbeitet, das am 15. November startet. Es handelt sich um eine niederschwellige Vermittlungsstelle für kurz- und mittelfristige Arbeitseinsätze, die in Thalwil ihren Sitz hat. Hier finden erwerbslose Frauen und Männer Arbeit, die den üblichen Anforderungen des offenen Arbeitsmarktes nicht mehr gewachsen sind. Private, Geschäfte und Firmen können an das "Etcetera" gelangen und Arbeitskräfte "mieten".

SO: Diese Vermittlungsstelle ist doch aber eher für "Randständige" und nicht ein Einsatzprogramm im Sinn des SP-Postulats?

Richtig. Ein "normales" Einsatzprogramm muss mindestens ein halbes Jahr dauern, damit anschliessend die Bezugsberechtigung für Arbeitslosen-Taggelder wieder gegeben ist.

Sozialhilfe für Ausgesteuerte

SO: Müssen wir davon ausgehen, dass alle Ausgesteuerten, das sind zur Zeit 24, Sozialhilfe beantragen werden und damit das Sozialbudget belasten?

So kann die Rechnung nicht gemacht werden. Zur Zeit beanspruchen ca. fünf sogenannte "Ausgesteuerte" Sozialhilfe. Die Schwelle zum Antrag für Sozialhilfe ist erheblich höher als zur Geltendmachung von Arbeitslosenentschädigung und Arbeitslosenhilfe. Sozialhil-

fe wird nach genauer Bedarfsabklärung geleistet und nach den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz der öffentlichen Fürsorge (SKöF) berechnet.

SO: Wie lebt man mit der Sozialhilfe?

Nicht ganz so schlecht wie allgemein angenommen wird. Im Einzelfall kann die Sozialhilfe höher liegen als die Arbeitslosenentschädigung. Psychisch allerdings ist das Leben in der Abhängigkeit von der öffentlichen Fürsorge gewiss schwer zu verkraften. Ich wehre mich allerdings immer gegen den Ausdruck, dass jemand "auf die Fürsorge muss". Es besteht ein Recht auf Sozialhilfe, so dass bei aller Kontrollpflicht durch die

Arbeitgeber zur Schaffung von Behinderten- oder Nischen-Arbeitsplätzen zwingen wie in Deutschland, noch können wir Hauseigentümer verpflichten, günstigen Wohnraum für Randgruppen und einkommensschwache und Elternfamilien zur Verfügung zu stellen.

SO: Es gibt also keine "neuen" Sozialhilfeempfänger?

Die Zahl hat natürlich zugenommen. Als neue Gruppe sind vielleicht die Selbständigerwerbenden zu nennen, die einen kleinen oder mittleren Betrieb geführt haben und nun die Krise nicht überleben. Dieser Gruppe fällt der Gang zur Fürsorge besonders schwer.



Behörden auch oder vor allem in Krisenzeiten möglichst unbürokratisch geholfen werden muss.

SO: Sind neue Gruppen von Sozialhilfe-Empfängern entstanden, die es zuvor nicht gab?

Mehrheitlich sind es immer noch die gleichen, dem Sozialdienst wohl bekannten Leute. Früher wurden sie überbrückend unterstützt, konnten sich aber immer irgendwie auf der "Kippe" halten. Sie fanden bald da bald dort kurzfristige Arbeit, eine Unterkunft. Diese Leute werden jetzt zu "Fällen", müssen langfristig finanziell unterstützt und beraten werden. Meist sind es mehrfach sozial Behinderte (Sucht-, Familien-, Wohnungs-, Gesundheits-, Finanzprobleme etc). Für diese Leute gibt es in Krisenzeiten keine Nischen mehr. Weder können wir die

SO: Ist bei uns die vielbesprochene Konjunkturwende schon spürbar?

Keinesfalls. Wir rechnen mit einer Verdoppelung der "Ausgesteuerten" im nächsten Jahr. Bis die sozial Schwächsten eine Trendwende spüren, werden Jahre vergehen. Bis dahin müssen wir dafür arbeiten, dass nicht durch Sozialleistungsabbau auf dem Rücken der Schwachen gespart wird. Neben den kurzfristigen Hilfen müssen wir dringend langfristige Lösungen suchen. Die Arbeitssituation wird nie mehr so werden, wie sie noch vor drei Jahren war. Mit der Arbeitslosigkeit leben lernen, ist eine gesellschaftliche und individuelle Aufgabe, die das Verhältnis zur Arbeit und zur Leistung generell verändern wird.

Spar- und Polit-Test

von Stadtrat Hermann Koch

Seit Anfang 1993 bin ich als SP-Vertreter im Stadtrat im Amt. Somit habe ich diesen Herbst erstmals miterlebt, wie schwierig es ist, ein Budget zu machen, das die Erbringung aller nötigen städtischen Leistungen mit der Notwendigkeit zum Sparen vereinbart. Wie hätten Sie entschieden? Machen Sie den Test anhand einiger Kürzungen, welche der Stadtrat dem Gemeinderat beantragt!

Sie lesen tagtäglich von Kindern, die an Hunger sterben, von Dürrejahre und Ausdehnung der Wüsten, von Naturkatastrophen im In- und Ausland.

Soll die Stadt Wädenswil 1994 den vom Volk bewilligten jährlichen Entwicklungs- und Katastrophenhilfskredit von 120'000 auf 60'000 Franken kürzen?

Ja Nein

Zwecks Leseförderung namentlich bei Kindern und Jugendlichen gibt es praktisch in allen grösseren Gemeinden Bibliotheken. In Wädenswil wird diese zu sehr günstigen Bedingungen von der Lesegesellschaft geführt.

Würden Sie den jährlichen Beitrag der Stadt an die Lesegesellschaft von 70'000 auf 50'000 Franken kürzen?

Ja Nein

Sport ist gesund, bietet Kameradschaft und fördert die individuelle und soziale Entwicklung bei Jugendlichen. Deshalb unterstützte die Stadt bisher die



Auch die SO-Redaktion muss sparen - darum statt Foto eine Karikatur!

Jugendarbeit der Sportvereine jährlich mit 80'000 Franken.

Würden Sie einer Reduktion dieses Beitrags um 20'000 Franken zustimmen?

Ja Nein

Wädenswil verfügt mit dem Theater Ticino über ein vielfältiges Kulturangebot (Theater, Cabaret, Konzerte, Filme), das die Stadt bisher mit 40'000 Franken jährlich unterstützte.

Möchten Sie ab 1994 20'000 Franken sparen und dafür möglicherweise ganz auf diese Kulturstätte verzichten?

Ja Nein

Zwecks Konjunkturankurbelung und Arbeitsplatzhaltung ruft alles nach antizyklischem Verhalten von Bund, Kanton und Gemeinden (d.h. in Rezessionszeiten mehr investieren).

Soll die Stadt Wädenswil 1994 die Investitionen gegenüber dem Vorjahr um 3 Mio. Franken kürzen?

Ja Nein

Auswertung des Tests:

5 Nein: Ihnen geht Sparen offenbar über alles. Empfinden Sie Solidarität, Kultur, Jugendförderung usw. tatsächlich als Luxus?

1-2 Ja: Sie gehören zu den engagierteren Menschen in unserer Stadt – wenigstens in Ihnen nahestehenden Bereichen. Haben aber Bevölkerungsteile mit anderen Bedürfnissen nicht dasselbe Recht auf Unterstützung?

3 Ja: Sie liegen weitgehend auf der SP-Linie. Empfehlung: Wählen Sie am 23. Januar 1994 SP-Vertreter/innen in die Gemeindebehörden.

4-5 Ja: Wie oben. Aber warum setzen Sie sich nicht noch aktiver für Ihre Überzeugung ein? Sie sollten bald mit der SP Wädenswil Kontakt aufnehmen! (Postfach, 8820 Wädenswil, Tel. 780 72 68)

Finanzpolitik nur für die Reichen?

Anfangs 1993 hat der Gemeinderat auf Antrag der SP im Finanzplan für die nächsten vier Jahre Leitplanken für eine einigermaßen ausgewogene Finanzpolitik festgesetzt: Um die Verschuldung nicht allzusehr ansteigen zu lassen, wurde für 1994 ein um 6% höherer Steuerfuss anvisiert, während der Stadtrat nur 3% Erhöhung beantragt hatte.

Ungeachtet dieses Beschlusses und der Warnungen des Finanzvorstands will die Mehrheit des Stadtrats im Budget 1994 (das im Gegensatz zum Finanzplan verbindlich ist) wiederum nur eine Steuerfusserhöhung um 3%. Dafür wurde sowohl bei den Investitionen als auch in der laufenden Rechnung ohne Rücksicht auf Verluste gekürzt. Nach Meinung der Stadtratsmehrheit soll der Gemeinderat zum Teil für mehrere Jahre eingegangene Subventionsverpflichtungen wieder rückgängig machen und die städtischen Beiträge im Extremfall bis zur Hälfte reduzieren (vgl. den nebenstehenden Finanz- und Polit-Test). Für einzelne der bisher mit guten Gründen und wohlüberlegt unterstützten Institutionen könnte dies sogar eine Schliessung zur Folge haben!

Auch die stadt-eigenen Aufgaben, welche in vielen Bereichen vor allem den materiell weniger gesegneten Bevölkerungsteilen zugutekommen, werden bis aufs absolute Minimum reduziert. Dafür können dann die Reichen Steuern sparen (Leute mit tieferen Einkommen und Betriebe, die keinen oder wenig Gewinn machen, merken vom tieferen Steuerfuss eh fast nichts).

Gegen eine solche Finanzpolitik, welche nur einer kleinen Schicht Privilegierter nützt, wird sich die SP-Fraktion im Gemeinderat mit allen Kräften wehren. Die Aussichten sind unsicher – haben doch auch im Parlament die bürgerlichen Parteien die Mehrheit. Zum Glück ist bald darauf Wahltag = Zahltag...

Liliane Goldberger, Gemeinderätin
1986–93 Mitglied der Rechnungsprüfungskommission des Gemeinderats

AZ B

8820 Wädenswil

SP-Termine

Herbstmarkt

Samstag, 27. November 1993, ganztägige Standaktion der SP

Sektionsversammlung

zur Ausgangslage vor den Wahlen, Donnerstag, 2. Dezember 1993, 20.00 Uhr, Restaurant Volkshaus

Vorstandssitzung

Dienstag, 9. Dezember 1993, bei Peter

Standaktion

zu den Wahlen, Samstag, 15. Januar 1994

Wahlen

für den Gemeinde- und Stadtrat, 22./23. Januar 1994

Eidg. Abstimmungen

Abstimmungswochenende vom 19./20. Februar 1994, Neuwahlen in Wädenswil für: Sozialbehörde, Gesundheits- und Sportbehörde, Kirchenpflege

Abstimmungsparolen

Stadt Wädenswil

JA zum Neubau des Schulhauses Eidmatt III

Kanton Zürich

JA zur Aenderung des Wahlgesetzes

JA zur Teilsanierung des Universitätsspitals

JA zur Kantonalisierung der Kindergärten

JA zur Unterstellung der Videotheken unter das Ladenschlussgesetz

Längere Ladenöffnungszeiten:

Nein zur Einzelinitiative Siegfried

Nein zum Gegenvorschlag des Kantonsrats

Eidgenossenschaft

4 mal JA zur Mehrwertsteuer von 6,5 %

2 mal JA zu den Zwillingsinitiativen gegen die Suchtmittelwerbung

SEPPIAUF DER ALP

Chästeilet!

Auf einer richtigen Alp gilt das Prinzip: Je mehr Käse produziert wird, desto mehr Geld hat man. Die Alp Untermosen* ist aber keine richtige, sondern irgendwie eine verkehrte Alp. Hier gilt das Prinzip: Je mehr Käse produziert wird, desto weniger ist am Schluss in der Kasse.

Der Unterschied kommt natürlich daher, dass auf Alp Untermosen nicht nur ein spezieller Käse produziert wird, sondern auch die Kühe und die Sennen nicht dem üblichen Bild entsprechen. Der Käse besteht hier z.B. darin, dass sich bürgerliche Politiker während Jahren über den Grundsatz "Spare in der Zeit, so hast du in der Not" hinwegsetzen können und nichts Besseres wissen, als die Steuern zu senken und zu senken. Beharrlich, sozusagen ohne Löcher, wurde dieser Käse produziert. Mit dem Effekt, dass wir die Löcher jetzt in der Kasse haben, während in höheren privaten Lagen Milchschemme herrscht.

An der Chästeilet-Sitzung von Mitte Dezember wird guter Rat teuer sein. Jetzt wo die Euter nicht mehr so prall sind, mag zusätzliches Melken allenfalls schmerzhaft sein. In Anbetracht dessen, dass verschiedene Leute bereits Wasser statt Milch trinken müssen, ist gar zu lautes Muhen aber nicht angebracht.

Für die Zukunft ist zu hoffen, dass die Sennen die richtigen Lehren ziehen für die Zeit, wo sich die Weiden wieder in satterem Grün zeigen.

* Anmerkung der Redaktion: Im Saal der Schulanlage Untermosen finden die Gemeinderatssitzungen statt...